Zur Verreichung der Staatseisenbahnen.

Berlin, 26. April. Die formelle Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich steht zum 1. Mai bevor. Die Verwaltung der Eisenbahnen erfolgt aber bereits seit 1. April auf Rechnung des Reiches. An die Spitze des Reichsverkehrsministeriums tritt auf Grund der Vereinbarung mit den Gewerkschaften der frühere Reichskanzler und jetzige Reichsschatzminister Bauer. Minister Bell wird voraussichtlich Nachfolger im Reichsschatzministerium. Minister Oeser, dem das Reichsverkehrsministerium vor dem Kapp-Putsch formell zugesagt war, damit er auf Grund seiner Sachkenntnis und seiner anerkannten Arbeitskraft die Reorganisation durchführe, bleibt preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten. Er hat als solcher in erster Linie die große Vorlage über den Mittellandkanal zu erledigen und die Abwicklung der preußischen Eisenbahnverwaltung durchzuführen. Das energische Vorgehen gegen die Zustände in den Eisenbahnbetriebswerkstätten hat Oeser die Feindschaft des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingebracht, der gegen seine Ernennung zum Verkehrsminister scharfen Widerspruch erhoben hat. In der Regierung glaubte man, sich diesem Widerspruch nicht verschließen zu können, und so ist Bauer das Reichsverkehrsministerium übertragen worden.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten,

deren Zeitpunkt nach einem Beschlusse der Nationalversammlung der neue Reichstag bestimmen soll, dürfte kaum vor Oktober stattfinden, jedenfalls nicht eher, als bis alle Abstimmungsgebiete über ihre Staatszugehörigkeit entschieden haben.

Erhöhung der Aerzte-Honorare.

Berlin, 26. April. Das Wohlfahrtsministerium hat die Aerztekammern aufgefordert, sich dahin zu äußern, ob man vom 15. Mai ab bis auf weiteres alle Sätze der preußischen Gebührenordnung für Aerzte und Zahnärzte um 50 Prozent zu erhöhen seien. Der Geschäftsausschuß der Berliner Standesvereine hat daraufhin eine Erhöhung um 500 Prozent als das Mindestmaß der ärztlichen Erfordernisse angegeben. — Eine Reihe schwedischer Aerzte hat sich bereit erklärt, Berliner Aerzte während des Sommers bei sich als Gäste aufzunehmen. (W. T. B.)

Zusammenschluß der gewerblichen Genossenschaftsverbände.

Berlin, 26. April. Die beiden bisher in Deutschland bestehenden großen gewerblichen Genossenschaftsverbände, der allgemeine Verband und der Hauptverband, haben sich nach vorausgegangenen Einigungsverhandlungen entschlossen, ihren Generalversammlungen, die gleichzeitig in Bad Nauheim stattfinden, die Verschmelzung beider Verbände in einen großen Verband, den deutschen Genossenschaftsverband, vorzuschlagen. Von den Generalversammlungen wurde dieser Vorschlag einmütig angenommen.

Einziehung des Reichsnotopfers.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 26. April. Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministeriums an die Finanzämter soll das Notopfer noch vor dem 1. Juli d. J. zur Einziehung gelangen.

Ein Zusammenstoß mit Reichswehrtruppen.

Bielefeld, 26. April. Am Sonnabend nachmittag kam es auf dem hiesigen Bahnhofe zwischen Insassen des Dessauer Personenzuges und einer im Berliner Personenzuge sitzenden kleinen Abteilung Reichswehrtruppen zu Streitigkeiten, wobei die Menge einen Soldaten, der einen Schuß abgegeben hatte, aus dem Abteil herausholte und mißhandelte. Darauf suchten drei Unteroffiziere ihren Kameraden zu befreien, wobei ein Unteroffizier zwei scharfe Schüsse abgab, die einen Arbeiter töteten und zwei verwundeten. Der Menge bemächtigte sich eine große Erregung. Sie verhinderte die Weiterfahrt der Züge und entwaffnete die Reichswehrabteilung. Die drei beteiligten Unteroffiziere flüchteten in die Stadt, wo sie von Arbeitern verfolgt wurden. Hierbei sollen sie erneut von der Waffe Gebrauch gemacht haben. (W. T. B.)

Eine englische Stimme über den Unterseebootkrieg

London, 21. April. In einem Leitaufsatze im „Manchester Guardian" über das Buch des Admirals Scheer heißt es: Wenn man von der sittlichen Frage absieht (und die Blockade?), so ist kein Zweifel, daß die einzige Möglichkeit für Deutschland, England zu schlagen, in der Anwendung des uneingeschränkten Unterseehandelskrieges im Frühjahr 1916 lag, und wir würden es dann viel schwerer gefunden haben, durchzukommen. Bethmann-Hollwegs Furcht vor den Neutralen und der Fehler der deutschen Admiralität, daß sie 1915/16 nicht Unterseeboote in großer Anzahl baute, haben viel zur Rettung dieses Landes getan.

Einspruch gegen die Verurteilung Caillaux'.

Paris, 25. April. Nach einer Havas-Meldung aus St. Etienne haben die Bergarbeiter der Loire gegen die Verurteilung Caillaux' durch den Obersten Gerichtshof Einspruch erhoben. (W. T. B.)

Sozialdemokratische Landeskonferenz.

Der öffentlichen Sitzung am Montag ging eine mehrstündige vertrauliche Beratung voraus, in der eine Besprechung der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen und die durch den Rücktritt des Kabinetts Gradnauer eingetretene Lage erfolgte. Ueber die neuen Männer, die in die Regierung eintreten sollen, ist man sich noch nicht einig geworden. Endgültige Beschlüsse werden voraussichtlich erst in einer am Donnerstag in Dresden abzuhaltenden Sitzung gefaßt werden.

Als die Oeffentlichkeit wiederhergestellt war, wurde die Aussprache über das gestrige Referat und die gestellten Anträge fortgesetzt.

Zu den Debatteurednern gehörte auch

Ministerpräsident Dr. Gradnauer,

der zunächst Stellung nahm zu den in der Beamtenpolitik gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe. Bei den so oft verallgemeinerten Anschuldigungen gegen die Beamten und besonders die Geheimräte liefen viel Legendenbildung und Gespensterseherei unter. Die Geheimräte würden ja demnächst durch die neue Besoldungsordnung verschwinden, und damit würde vielleicht schon mancher Angriff gemildert. Man könne nicht bestreiten, daß es in der Regierung viele konservative Männer gebe, und es werde gegen Verfehlungen und reaktionäre Sabotage selbstverständlich eingeschritten, doch diese Fälle seien vereinzelt geblieben. Auch sei es klar, daß die unteren Beamten gegen Maßregelungen geschützt werden müßten. Wenn die Beamtenschaft auf die Seite von Kapp getreten wäre, würde jedoch die Abwehr des Putsches der Arbeiterschaft viel schwerer geworden sein. Auch er sei der Meinung, daß mehr Sozialisten und Demokraten in die Regierung hineinkommen müßten. Es bestehe ein großes Unrecht von früher, aber die Frage sei die, wie das zu machen sei, ohne in der Beamtenschaft berechtigte Erbitterung hervorzurufen. Wenn man Arzt werden wolle, müsse man Medizin studieren, aber wenn ein Amtshauptmann zu berufen sei, solle plötzlich keine Fachbildung erforderlich sein! Ich habe die größte Hochachtung vor den Arbeitern, aber sie sollten doch vernünftig bleiben und wissen, was man kann und was man nicht kann. Das Beamtenproblem sei nur dadurch zu lösen, daß man die Beamten für die Sache der Partei gewinne, aber nicht in ungeschickter pöbelhafter Weise in diesen komplizierten Apparat hineingreife. Der Ministerpräsident ging dann auf die

allgemeine Lage

über und betonte, daß die große Schwierigkeit der Partei die sei, sich aus einer Oppositionspartei in eine Volks- und Staatspartei umzustellen. In Wahrheit seien die Radikalen die konservativen Elemente, die nicht mit der Entwicklung der Zeit fortschreiten. Im Reiche sei die einzige Politik, die getrieben werden könnte, die Koalitionspolitik. Nur dadurch sei es nach dem Wahlresultat möglich gewesen, Deutschland vor dem Zusammenbruch zu schützen. Auch nach den jetzt bevorstehenden Wahlen müsse die Koalitionspolitik weitergeführt werden, doch müsse man die Partei so stark wie möglich in diese Koalition hineinbringen. Trotz Kapp-Lüttwitz würden die Rechtsparteien bei den Wahlen nicht schlecht abschneiden. Das sei die Folge der Uneinigkeit der Arbeiter. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen die Chemnitzer Forderungen. Gewiß müsse Kritik sein, aber eine sachkundige Kritik, die der Regierung eine wirkliche Hilfe biete. So lange die Unabhängigen ihre Taktik der Rätediktatur und des Generalstreiks weiter verfolgten, sei ein Zusammengehen mit ihnen unmöglich. Ihre Forderungen seien eine Versündigung am Volke. Eine reine Arbeiterregierung mit weitgehendem Entgegenkommen gegen die Unabhängigen und Kommunisten würde bald abwirtschaften und der Reaktion Platz machen. Es könne keine Arbeiterregierung in Deutschland bestehen, die nicht in weitem Maße auf die Fundamente der Volkswirtschaft, die Interessen der Landarbeiter und Bauern Rücksicht nehme. Alles, was nach Diktatur aussehe, würde Land und Partei ins Verderben hineinbringen. Die große Aufgabe der Partei sei es, eine Verbindung zwischen den Idealen des Sozialismus und den Geboten der Wirklichkeit zu suchen, eine Realpolitik, die sich nicht in Phantasien und Utopien bewegt. Die Anträge von Riesa usw. wurden teils der Volkskammerfraktion und der Fraktion der Nationalversammlung, teils den Landesinstanzen zur Weiterbehandlung, der stark abgeänderte Antrag Chemnitz der am 5. und 6. Mai stattfindenden Reichskonferenz überwiesen. Es wird darin gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei Sachsens eine Räterepublik ablehnt, sie setzt sich vielmehr für eine Demokratie ein, in der der Einfluß des Proletariats als stärkste Klasse des Volkes zu überragendem Ausdruck kommen muß. Weiter wird u. a. gefordert: Durch Siebung der Reichswehr und Sicherheitspolizei ihre Verschmelzung mit starken Bestandteilen der Arbeiterwehr zu einer Berufstruppe, Demokratisierung der Verwaltung unter starker Heranziehung der sozialistischen Unter- und Mittelbeamten, schärfste Bekämpfung der Reaktion und der antisemitischen Volkshetze, Sozialisierung des Großgrundbesitzes und seine Umgestaltung zu landwirtschaftlichen Produktionsstätten auf genossenschaftlicher Grundlage unter starker Mitarbeit der Landarbeiterschaft, möglichste Sozialisierung der Bodenschätze. Endlich wird gefordert ein Gesetz über Planwirtschaft bzw. Vorsozialisierung, Ausbau der Betriebs- und Wirtschaftsräte, restlose Erfassung der ländlichen Erzeugung, Zuchthausstrafen und Vermögenskonfiskation für Schieber und Schleichhändler, Ausbau der Laiengerichte.

Ueber die bevorstehenden Wahlen

sprach Volkskammermitglied Kühn. Die ganze Stoßkraft der Partei müsse sich im Wahlkampf gegen rechts wenden. Die Partei müsse aber ihre grundsätzliche Auffassung mit aller Rücksichtslosigkeit auch gegen links zum Ausdruck bringen, wenn es geboten erscheine. Auch die übrigen proletarischen Parteien sollten sich einstellen nur auf die Niederringung der Reaktion, und den Bruderzwist, wenigstens für die Wahlzeit, ruhen lassen. Das Ziel müsse sein, eine sozialistische Mehrheit für den Reichstag zu erhalten. Ein Sieg der Reaktion würde das Proletariat zurückstoßen, die alte grausame Knechtschaft und die restlose Wiederaufrichtung des alten verfallenen Polizeistaates herbeiführen. Der Feind würde aber nur durch eine einheitliche Kampffront zu bezwingen sein. Die Wahlparole werde lauten: Für die Demokratie und für den Sozialismus.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung waren drei Anträge eingegangen; einer wurde zurückgezogen, der andere nicht unterstützt und der dritte durch die Verhandlungen mit den Unabhängigen für erledigt erklärt.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Verhandlung noch an.)

*

Wie wir hören, ist in der vertraulichen Besprechung am Montag dem Kultusminister a. D. Buck der Posten des Ministerpräsidenten angetragen worden. Buck, der am Montag den Verhandlungen beiwohnte, soll sich nach längerer Darlegung seiner Bedenken bereit erklärt haben, die Kandidatur anzunehmen. Daß Buck in erster Linie in Frage kommt, haben wir in unserem Blatte bereits mitgeteilt.

Oertliches und Sächsisches.

Dresden, 26. April.

Zur Wahlbewegung.

Die Deutschnationale Volkspartei im Kreise Ostsachsen hat als Kandidaten für die Reichstagswahlen an erster Stelle Superintendent Dr. Kölbsch, Dresden, und an zweiter Stelle Gütterdirektor Richter aus Baruth aufgestellt. In dem Kreise wird der Wahlkampf mit ziemlicher Zersplitterung geführt. Es dürfte mit nicht weniger als 6 oder 7 Listen zu rechnen sein. Eigene Listen werden aufstellen: die Deutschnationale Volkspartei, die Volkspartei, die Deutschdemokratische Partei, die mehrheitssozialistische Partei, die unabhängige. Das Zentrum wird möglicherweise mit zwei Listen erscheinen, indem die Wenden eine eigene Liste aufzustellen beabsichtigen. Ob auch die Kommunistische Partei eine Liste aufstellen wird, ist noch nicht entschieden. — Die Demokratische Partei hat dem Vernehmen nach den Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau, als Ersten auf die Wahlliste für Ostsachsen gestellt.

Den Amtshauptmannschaften und Stadträten mit revidierter Städteordnung ist eine Mitteilung der sächsischen Staatskanzlei zugegangen, in der es heißt: Nach einem Schreiben des Reichsministers des Innern kann nunmehr bestimmt damit gerechnet werden, daß die Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 stattfinden, und daß die Wählerlisten in der Zeit vom 9. bis 16. Mai auszulegen sind. Die Amtshauptmannschaften und Stadträte werden ersucht, die dazu erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Es ist beabsichtigt, in die Reichswahlordnung folgende Bestimmung aufzunehmen: „Die Abgrenzung der Wahlbezirke erfolgt nach den örtlichen Verhältnissen. Hierbei ist davon auszugehen, allen Wählern die Teilnahme an der Reichstagswahl möglichst zu erleichtern. Kein Wahlbezirk soll mehr als 2500 Einwohner umfassen und darf nicht so klein gemacht werden, daß das Wahlgeheimnis beeinträchtigt werden könnte."

Der Sommerfahrplan der Straßenbahn

tritt, wie schon kurz gemeldet, morgen, Dienstag, den 27. d. M., in Kraft. Gleichzeitig werden die während der Kriegszeit stillgelegten Endstrecken der Linie 1 von der Bernhardstraße bis zur Chemnitzer Straße und vom Bahnhof Reugruna bis zur Ludwig-Hartmann-Straße, sowie der Linie 2 vom Barbarossaplatz bis Blasewitz (Schillerplatz) und die Linie 4 wieder in Betrieb genommen. Die Wagen der Linie 12 fahren wieder während des ganzen Tages bis St.-Pauli-Friedhof, die Wagen der Linie 11 bis Endhaltestelle Bühlau. Die Linien 19 und 21 werden so geändert, daß die Linie 19 als äußere Durchgangslinie von Laubegast bis Coßebaude und die Linie 21 als innere Linie von Laubegast oder Tolkewitz bis Vorstadt Cotta verkehrt.

Der Betrieb wird auf allen Linien abends um etwa eine Stunde verlängert. Dementsprechend verkehren auch die Nachtwagen etwa eine Stunde später als bisher. Die neuen Fahrzeiten der ersten und letzten Wagen sind aus den Fahrplantafeln der Wartehallen zu ersehen. Auskunft ist auch durch die Schaffner und Aufsichtsbeamten zu erlangen. Das neue Fahrplanbuch wird in einigen Tagen erscheinen.

—o **Wiederaufnahme des Bankverkehrs.** Nachdem nunmehr der Bankangestelltenstreik durch Wiederaufnahme der Arbeit beendet ist, werden die beteiligten Bankinstitute und

Wieckes Antrittsrede als Schauspieldirektor

Paul Wiecke hielt bei seiner Einweisung in sein neues Amt als Schauspieldirektor am vergangenen Sonntag, wie wir berichtet haben, eine Ansprache, die wir um ihrer grundsätzlichen Bedeutung willen und im Hinblick auf das allgemeine Interesse an der Neugestaltung unserer Schauspielleitung hier noch im Wortlaut mitteilen. Nach den Ausführungen des Kultusministers Dr. Seyfert sprach Paul Wiecke:

„Hochverehrter Herr Minister! Für die warmen Worte der Anerkennung, die Sie soeben dem Gesamtpersonal des Schauspielhauses und unserer Arbeit zu widmen die Güte hatten, danken wir Ihnen von Herzen. Wenn diese Liebe zur Sache, unbedingtes Vertrauen zu meinen Mitarbeitern und das erhebende Bewußtsein, der verantwortliche Verwalter eines großen Erbes zu sein, die ausschlaggebenden Voraussetzungen für eine ersprießliche Amtsführung sind, so hoffe ich, das in mich gesetzte hohe Vertrauen zu rechtfertigen. Und ich weiß, daß jene Momente die einzig ausschlaggebenden sind, denn aus ihnen strömt jene zum Aufschwung nie ermüdende Kraft, die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmut nicht allein für die künstlerischen Dinge schafft, sondern auch für diejenigen, die als reale Forderungen an dieses Amt herantreten. Wenn trotzdem in den 1½ Jahren meiner Amtsführung als Vorsitzender der künstlerischen Leitung nach dem öffentlichen Urteil verhältnismäßig ruhig und sicher gearbeitet worden ist, so verdanke ich das vor allem meinen Kameraden in der künstlerischen Leitung, ihrer aufopfernden künstlerischen und organisatorischen Mitarbeit, ich verdanke es dem menschlichen und künstlerischen Zusammenhalt der Mitglieder, dem einigen Arbeitswillen des technischen Personals und aller derer, welche an unserem Werke mithelfen, ich verdanke es dem einenden Geist unserer starken Gemeinsamkeit. Im Sinne dieses Geistes, der mich auch ferner mit diesen meinen Mitarbeitern fest verbindet, gelobe ich Ihnen, Herr Minister, in ehrlicher Arbeit die Treue zu halten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren vom technischen Personal! Sie haben mich durch Ihren Gesamtwillen zu Ihrem Führer berufen. Sie haben damit eine Wertschätzung meines Menschen und Künstlers bekundet, die mich Ihnen zu tiefem Dank verpflichtet! Sie haben durch diese Ehrung gleichzeitig ausgesprochen, daß das im Grunde gut gewesen ist, was ich gewollt, und vielleicht auch erreicht habe. Und was haben wir erreicht? Wir haben uns ein klares Verhältnis von Mensch zu Mensch geschaffen, ein Verhältnis, das gegründet ist auf gegenseitigem Vertrauen. Wir haben uns klar gemacht, daß ein solches Vertrauensverhältnis nur dann möglich ist, wenn jeder in eifernster Pflichterfüllung seine Schuldigkeit tut. Das haben sie alle, alle bis zu dieser Stunde getan und dafür danke ich Ihnen aus vollem Herzen. Und ich weiß und fühle es wie etwas Lebendiges, daß dieses Verhältnis bestehen bleiben wird, wenn wir uns treu bleiben in diesem gegenseitigen Vertrauen, rücksichtslos gegen diejenigen Front machen und zwar als Gemeinschaft, welche dieses Vertrauen mißbrauchen oder täuschen. Dann, aber auch nur dann werden wir uns auf der Höhe halten und zu Zielen gelangen, die dieses Hauses und unserer selbst würdig sind.

Ich stehe hier nicht als ein Fremder und beanspruche für mich ein Recht darauf, so weit bei Freunden und Gegnern in der Beurteilung meines künstlerischen Menschen festzustehen, daß ich mich über die Art dieser Ziele hier nicht des längeren auszusprechen brauche. Ich fasse sie in das Goethe-Wort zusammen: „Aeltestes bewahrt mit Treue, Freundlich aufgefaßtes Neue!" Das erstere ist für eine Kulturanstalt wie der unsrigen selbstverständlich und ich lege einen besonderen Nachdruck auf das zweite! Diese Ziele zu erreichen, bedarf es, darüber müssen wir uns klar sein, eines sich Zusammenreißens zu äußerster Energieentfaltung und einer höchsten Pflichterfüllung. Und wir müssen auch einmal mehr tun, als unsere Pflicht. Laßt uns darum nicht markten, denn die Not ist groß und der Ernst furchtbar! Hohe Forderungen müssen an uns gestellt werden, aber man kommt uns von seiten derjenigen, die über uns zu richten haben, mit Vertrauen entgegen, man glaubt an uns und dafür können wir nur mit gesteigerter Arbeitsfreude und den daraus sich ergebenden Taten danken, welche dieses Vertrauen rechtfertigen. Wir haben auch noch mancherlei Hemmungen des Ueberganges zu überwinden und Rückschläge können in einem solchen Wechsel der Zeiten nicht ausbleiben. Aber lassen Sie uns mutig im Bewußtsein unserer guten und gerechten Sache in die Zukunft blicken, und Sie werden sehen, daß die Kraft unserer fest geschlossenen Gemeinschaft auch das Schwerste überwindet, wenn wir nur wollen. Das war, ist und bleibt die Hauptsache! — Also vorwärts, meine Freunde!"

Kunst und Wissenschaft.

†* **Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater.** Opernhaus: Morgen, Dienstag, 7 Uhr „Madame Butterfly".

Cho-cho-san: Elisabeth Rethberg, Suzuki: Irma Tervani als Gast, Käte Pinkerton: Erna Fiebiger-Peister, Pinkerton: Richard Tauber, Sharpless: Waldemar Staegemann, Goro: Hanns Lange, Yamadori: Erit Wildhagen, Bonze: Julius Puttlitz.

Am 28. April Uraufführung „Schirin und Gertrude" von Paul Gräner. Der Kartenverkauf an der Opernhauskasse beginnt morgen, Dienstag, vormittags 10 Uhr.

Schauspielhaus. Infolge Erkrankung des Herrn Lothar Mehnert wird der Spielplan folgendermaßen abgeändert: Dienstag (27.): statt „Meroë": „Jedermann" von Hugo v. Hofmannsthal (7); Freitag (30.): statt „Don Carlos": „Die Räuber" von Schiller (½6). In „Jedermann" spielt Clemens Brede die Rolle des Mammon für den erkrankten Herrn Lothar Mehnert.

†* **Hochschulvorträge für Musik und redende Künste.** Friedrich Erhard: „Der Vortragskünstler" (Stücke aus „Tristan und Isolde"). Morgen, Dienstag, 7 Uhr, im Gobelinsaale des Taschenbergpalais. Karten bei Ries und an der Abendkasse.

†* **Valerie Kratina** trat, von großen Erfolgen in Norddeutschland heimgekehrt, am Sonntag mit ihren sechs neuesten Tanzschöpfungen nun auch in Dresden hervor in dem stark und groß gestalteten Air von Bach, einem köstlich-weichen, weinerlichen Bajazzo zu einer Musik des Führers der Dresdner Expressionisten Schulhoff und vier selten oder gar nicht beachteten ungarischen Tänzen von Brahms. Die Art, wie Prof. Baranowsky das Kostüm zu der Musik der Puszta entworfen hat, weicht ebenso stark von der herkömmlichen knalligen, veräußerlichenden Form und seinem eben genannten geist- und phantasievollen Harlekin ab, wie die Auffassung der Tänze durch Valerie Kratina. Vielleicht hätten sie deshalb besser nicht am Ende des Programms gestanden. Jedenfalls zeigte sich besonders im Andante, daß man ungarisch auch von innen heraus tanzen kann. Aber auch von früher bekannten Nummern des Programms waren bereichert und verfeinert vor allem der Harlekin, der durchschlagend wirkte,